

Rede des Vorsitzenden der Fraktion „Offene Klever“, Udo Weinrich, zum Haushalt 2025 in der 30. Sitzung des Rates der Stadt Kleve (XI. Wahlperiode) am 11. Dezember 2024:

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Die Haushaltssatzung 2025 mit ihren Anlagen ist nicht beratungsreif. Sie muss und kann überarbeitet werden, damit sie den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit entspricht. Erst dann wäre der Haushaltsentwurf als Grundlage für ernsthafte und seriöse Beratungen und Beschlüsse in den Fachausschüssen und schließlich im Rat geeignet.

Ich übe mich nicht in Unterstellungen, sondern ich werde meine Behauptungen belegen.

Was uns die jeweiligen Stadtkämmerer seit Jahren vorlegen, das bewegt sich offensichtlich weit jenseits des schon nicht mehr so „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ und führt dazu, dass der Rat seinen politischen Gestaltungsspielraum – wenn überhaupt, dann nur noch – eingeschränkt nutzen kann.

Seit Jahren klafft zwischen dem vorgelegten Entwurf, den der Rat beschließt, und dem späteren „Ist“ ein riesengroßes Delta, vergleichbar einem „schwarzen Loch“ im Weltall.

Vorgelegt vom Stadtkämmerer und beschlossen vom Rat wird ein Zahlenwerk, das mit einem Minus abschließt. Und am Ende des Haushaltsjahrs steht

dann ein Plus. Jahr für Jahr. Mit steigender Tendenz. Ein Plus zwischen 3,3 Mio. Euro (2021), 10,4 Mio. Euro (2022) und mehr als 15 Mio. Euro (2023).

Eingeleitet wurde diese Serie im Kommunalwahljahr 2020 durch die Haushaltssperre des damaligen Kämmerers, Herrn Haas. Das Ergebnis: 2020 endete mit einem Plus von rd. 1,7 Mio. Euro.

Was sich hier zeigt, das ist keine Aneinanderreihung von Einzelfällen, sondern ein System: Mit düsteren Prognosen, offensichtlich fehlerhaften Schätzungen und der üblichen dramatischen Begleitmusik wird versucht, Ratsmitglieder zu disziplinieren oder als Verschwender, die nicht mit Geld umgehen können, vorzuführen.

Zum System gehört, dass der Stadtkämmerer in der Jahresmitte, spätestens im 3. Quartal des jeweiligen Haushaltsjahres, mitteilt, dass sich Steuer-Mehreinnahmen in Millionen-Höhe abzeichnen, die nicht nur das Haushaltsloch stopfen, sondern zu einem dicken Plus führen. Ich habe Ihnen die Zahlen bereits genannt.

Abweichungen im zweistelligen Millionenbereich zwischen Haushaltsplan und dem Ist-Ergebnis sind offensichtlich systemimmanent.

Ich behaupte: Sie sind gewollt. Sie sind gewollt, weil sie zum einen dazu beitragen, die Gestaltungsfreudigkeit des Rates – ich formuliere es nett – zu bändigen, wenigstens zu dämpfen. Zum

anderen können Stadtkämmerer und Bürgermeister dann im Haushaltsvollzug die sprudelnden Mehreinnahmen verplanen, ohne dass der Rat zu diesem Zeitpunkt davon auch nur eine Ahnung hat.

Meine Damen und Herren, in Kleve wird der Rat beim Thema „Haushalt“ als zentrales Steuerungs- und Entscheidungsgremium von der Stadtspitze ausgeschaltet.

Dabei gibt es klare rechtliche Vorgaben, wie ein Haushalt zu planen und zu bewirtschaften ist. Dazu zählen Grundsätze zur Veranschlagung von Mitteln im Haushaltsplan, wie „*Vollständigkeit*“ (die Berücksichtigung voraussichtlicher Erträge und Aufwendungen), „*Willkürfreiheit*“ (sorgfältige Schätzung) und „*periodengerechte Zuordnung*“ (Veranschlagung in dem Jahr, dem Erträge und Aufwendungen wirtschaftlich zuzurechnen sind). Im Zusammenwirken und aus der Gesamtschau ergeben sich „*Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit*“.

Die von mir stichwortartig benannten Vorgaben zur Haushaltswirtschaft spielen in Kleve keine Rolle. Ein Stadtkämmerer, der sich Jahr für Jahr „verschätzt“, weil er Erträge zu niedrig ansetzt, löst nicht nur Zweifel an seiner Kompetenz aus; er trägt auch aktiv dazu bei, dass ein solcher Haushaltsplan keine verbindliche Grundlage für die Arbeit des Rates sein kann.

Jahr für Jahr sind im Haushaltsplan enthaltene Angaben zum Steueraufkommen unzutreffend. Hinzu kommt: Angaben sind nicht nachvollziehbar, nicht ausreichend differenziert oder nicht eindeutig. Jahr für Jahr beklagen nicht nur die **Offenen Klever** gravierende Mängel in der Haushaltsklarheit.

Wenn man dann noch berücksichtigt, dass ebenfalls Jahr für Jahr, neben dem laufenden Haushalt, bis zu 20 Mio. Euro aus dem Vorjahr oben „draufkommen“, weil sie nicht periodengerecht veranschlagt und ausgegeben wurden, dann muss hier endlich gegengesteuert werden.

Und dabei geht es nicht darum, dem Stadtkämmerer jede Abweichung zwischen Prognose und Ist vorzuhalten. Es geht um das Gesamtbild. Es geht darum, dass Haushaltsberatungen auf dieser Grundlage objektiv unmöglich sind. Und davon künden ja die zahlreichen „Prüfanträge“, die ohne finanzielle „Hausnummer“ und ohne Deckungsvorschlag vorgelegt worden sind.

Meine Damen und Herren, die **Offenen Klever** haben erstmals zu einem Haushaltsentwurf keinen eigenen Antrag eingebracht. Wir haben auch darauf verzichtet, Deckungsvorschläge für aufkommensneutrale Umschichtungen zu machen.

Wir bieten allen politischen Kräften im Rat an, mit uns darüber zu sprechen, ob und wie wir das Thema „Haushalt“ auf einer soliden, beratungsreifen

Grundlage angehen wollen. Wir werden dazu einladen.

Wenn andere Fraktionen des Rates hier keinen Handlungsbedarf sehen, dann nehmen wir das zur Kenntnis. Dann werden wir die notwendige Klärung eben allein herbeiführen.

In keiner anderen Kommune von der Größe unserer Stadt ist die Schere zwischen Prognose und Realität so groß wie in Kleve: mehr als 18 Mio. Euro in 2023!

Ein Finanzmanager in der Privatwirtschaft, der sich in seinem Budget von rund 177 Mio. Euro – das entspricht den 2023 veranschlagten Aufwendungen – um 18 Mio. Euro verrechnet hätte... Was, meine Damen und Herren, wäre für ihn die Folge gewesen? Eine Vertragsverlängerung?

Die Haushalts- und Finanzplanung der Stadt Kleve ist unsolide. So werden zwar bis 2028 höhere Personalaufwendungen veranschlagt, aber nur mit einer Steigerungsrate von 2%. Oder es werden 2027 und 2028 für Baumaßnahmen der Stadt „0“ Euro ausgewiesen.

Ebenso unsolide sind – angesichts steigender Verschuldung – sinkende Zinsaufwendungen für Kredite der Stadt. Kredite, übrigens, die – trotz des bereits berechneten Investitionsbedarfs in dreistelliger Millionenhöhe! – nicht in der Niedrig- oder Nullzinsphase aufgenommen worden sind, sondern danach und seitdem.

Zum Haushaltsentwurf 2024 hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende angemerkt: *„Prioritäten müssen neu gesetzt werden.“*

Die Prioritäten haben sich wie Pilze nach einem warmen Herbstregen vermehrt: erst die „Landesgartenschau 2029“, dann die Bahnhofsunterführung.

Dagegen sind 28.000 Euro der Machbarkeitsstudie für ein von keiner Fraktion beantragtes Parkhaus an der Stadthalle ja geradezu bescheiden. Aber auch für dieses Geld gilt: Ab durch den Kamin!

Wenn man die Zahlen des Stadtkämmerers ernst nimmt, dann wird sich der Gestaltungsspielraum des Rates bald dem Niveau einer „Änderungsschneiderei“ bewegen.

„Gespart wird an anderer Stelle“, werden manche sagen. In der Tat. Mit fatalen Folgen. Das kann man am Thema „Regenwasserbewirtschaftung“ belegen. Darauf komme ich noch.

Meine Damen und Herren,
„Konsolidierungsmaßnahmen und Steuererhöhungen werden mittelfristig mit hinreichender Wahrscheinlichkeit unumgänglich sein.“

Das sagte der Stadtkämmerer in seiner Einbringungsrede. Dieser Feststellung hat bis heute nicht einmal die CDU widersprochen.

Würde der Stadtkämmerer seinen Worten Taten folgen lassen, dann müsste er seinen Haushaltsentwurf zwecks Überarbeitung zurückziehen – und sei es auch nur, um die korrekte Höhe der Zuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz einzuarbeiten. Der Landtag wird darüber ja erst in der kommenden Woche beschließen. Dazu haben die **Offenen Klever** einen Beschlussvorschlag vorgelegt.

Meine Damen und Herren,
Kleve wird von 2024 bis 2028 planmäßig, ohne Kurswechsel, mehr als 72 Mio. Euro seines Eigenkapitals verzehrt haben.

„Ausgleichrücklage“ und „Allgemeine Rücklage“ sind weder Sparschweine noch Tresore, denen Geld entnommen werden könnte! Jede so genannte Entnahme – die Haushaltssatzung spricht richtigerweise von einer „Inanspruchnahme“ – mindert das Eigenkapital der Stadt.

Wenn es – ohne Kurswechsel – ab 2026 an die „Allgemeine Rücklage“ geht, die 2027 um mindestens 1,1 Mio. Euro und 2028 um fast 12 Mio. Euro schrumpfen wird, damit der Stadtkämmerer seine planmäßig erwarteten Haushaltslöcher auf dem Papier stopfen kann, dann bedarf das der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht, die sie an Auflagen und Bedingungen knüpfen wird.

Die **Offenen Klever** wollen es nicht so weit kommen lassen. Wir schlagen vor:

- Bei den Einnahmen müssen Erträge herbeigeführt werden, die die wachsende Steuerkraft der Stadt Kleve berücksichtigen. Dazu gehört auch die Erhebung der Grundsteuer C in 2025. Deren Verschiebung auf das Jahr nach der Kommunalwahl – gewiss nur ein Zufall! – mindert die Erträge in 2025 um mindestens 91.000 EUR.
- Differenzierte Hebesätze bei der Grundsteuer für Wohnimmobilien und gewerbliche Grundstücke: Das Land hat den Kommunen ermöglicht, durch differenzierte Besteuerung das Wohnen für die Bürgerinnen und Bürger nicht zu verteuern.

Kleves Stadtkämmerer nutzt diese Option nicht und begründet das mit einer angeblich unklaren Rechtslage. Aber selbst der „Bund der Steuerzahler NRW“ begrüßt differenzierte Hebesätze – beispielsweise in Duisburg – und rät ausdrücklich davon ab, Widerspruch gegen den Grundsteuerbescheid, sprich gegen den Hebesatz einzulegen.

- Die Bautätigkeit des Gebäudemanagements, die den Kernhaushalt über die Abschreibungen und die Zinsen belastet, muss kritisch überprüft und mit realistischen Prioritäten versehen werden. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist generationengerecht

finanzierbar! Stellen wir uns dieser Aufgabe!
Die **Offenen Klever** sind dazu bereit!

- Spielraum für zusätzliche freiwillige Leistungen der Stadt Kleve kann es nur geben, wenn diese durch Umschichtung aufkommensneutral oder durch höhere Erträge finanziert werden.
- Konsolidierungsmaßnahmen und Anpassungen der Hebesätze für kommunale Steuern müssen im Rahmen eines Gesamtkonzepts entwickelt und miteinander verbunden werden.

Die **Offenen Klever** machen sich Sorgen um den sozialen Zusammenhalt in Kleve:

- Von den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen, die leider nur teilweise und unzureichend in der Haushaltsplanung berücksichtigt werden, muss das Ziel 1 „*Armut in jeder Form und überall beenden!*“ auch in Kleve ganz oben auf der Agenda stehen!

Denn – meine Damen und Herren – Kleve ist eine Stadt mit hoher Kinderarmut und hoher Jugendarbeitslosigkeit. Diesen Befund hat beispielsweise die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) im Jahr 2021 für Kleve getroffen.

Um hier zielgenau gegensteuern und vorbeugend handeln zu können, brauchen wir

Zahlen, Daten und Fakten, die in einem „Sozialbericht“ erfasst, quartierbezogen aufbereitet und bewertet werden.

Von einem Teil der Lokalpresse wurde Herr Keysers zum „Klima-Kämmerer“ erhoben. Es soll Ratsmitglieder geben, die das geglaubt haben und jetzt enttäuscht sind.

- Zwar soll im Jahr 2025 der bestehende Klimaschutzfahrplan für die Stadt Kleve fortgeschrieben werden, aber für die anschließende Umsetzung von Maßnahmen fehlt in der Haushalts- und Finanzplanung das Geld.
- In der Haushalts- und Finanzplanung der Stadt sind für Maßnahmen zur kommunalen Wärmeplanung, die über eine Konzepterstellung durch die Stadtwerke hinausgehen, keine Mittel veranschlagt.
- Mittel für Maßnahmen/Projekte, die mit der Landesgartenschau auch nur im Entferntesten zu tun haben könnten, finden wir in der Finanzplanung bis 2028 nicht. Dafür gibt es den „Schattenhaushalt“ der „Landesgartenschau GmbH“. Ratsmitglieder, die nicht im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft sitzen, an der die Stadt zu 60% beteiligt ist, bekommen davon nichts mit und können darauf nicht einwirken..

Der Wirtschaftsplan der „Laga-GmbH“ ist dem Aufsichtsrat vom Bürgermeister erst vorgestern zugeleitet worden, mit vielen leeren Seiten.

Seit der Vergabe der „Laga 2029“ an Kleve ist die Stadt für diffuse „Planungen“ und „weitere Planungen“ mit 1,6 Mio. Euro zur Kasse gebeten worden. Dafür gibt es keine Fördermittel.

Kleve muss – trotz erwarteter Landesmittel – permanent einen Millionenbetrag an diese GmbH überweisen.

Was fehlt noch?

- Mittel für den Neubau der zentralen Feuerwache in der Finanzplanung bis 2028. Immerhin: Es soll geplant werden. Aber nicht von der Stadt.
- Für die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Gewaltschutzkonzept sind in der Finanzplanung keine Mittel veranschlagt. Auf Antrag der CDU sollen dafür jetzt in 25.000 Euro veranschlagt werden. Das sind immerhin 5.000 Euro mehr als für eine „Ehrenamtsgala“ zur Verfügung stehen.

Viele Investitionen in Schulen, deren Notwendigkeit und Dringlichkeit doch wohl dazu geführt haben, dass diese Projekte in den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements

aufgenommen worden sind, stehen jedoch unter dem Vorbehalt, dass es dafür Zuschüsse gibt:

Schulen seien „Leuchttürme“ hat der CDU-Fraktionsvorsitzende vorhin gesagt.

- Das gilt nicht für die Willibrord-Schule in Kellen oder die Karl-Leisner-Schule. Weil es keine Fördermittel gibt, wird der Sanierungsstau noch größer. Im April 2024 ist dem Haupt- und Finanzausschuss vom Stadtkämmerer mitgeteilt worden, dass es für diese Projekte und für das „Multifunktionsgebäude Sportzentrum Unterstadt“ keine Zuschüsse des Bundes geben werde.

Für Investitionen in die städtische Infrastruktur geht der schuldenfinanzierte Spielraum – ohne Kurswechsel! – bald gegen null.

Eine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik besteht unter anderem darin, abzuwägen: Was ist erforderlich, was ist wünschenswert und was ist „Luxus“?

Für Bürgermeister und Ratsmehrheit ist zwar eine Bahnstufentfernung erforderlich und alternativlos, die – nach heutigem Stand – mindestens 13 Mio. Euro kosten soll – aber 7,95 Mio. Euro für ein Multifunktionsgebäude am Sportzentrum „Unterstadt“ sind angeblich nicht finanzierbar.

Wann finden Bürgermeister und Ratsmehrheit den Mut, öffentlich einzugestehen, dass das Sportzentrum „Unterstadt“ unvollendet bleibt?

Meine Damen und Herren der CDU-gestützten Ratsmehrheit, die **Offenen Klever** sind bereit, das schuldenfinanzierte Investitionsprogramm zu überarbeiten und mit klaren Prioritäten zu versehen. Wenn dazu zwischen den demokratischen Kräften im Rat ein Konsens erzielt werden könnte, würden die **Offenen Kleve** dafür die politische Mitverantwortung übernehmen.

Für 2025 sind keine Gebührenerhöhungen geplant. Das ist erfreulich. Aber die Kleverinnen und Klever müssen nur deshalb keine höheren Gebühren für Straßenreinigung, Stadtentwässerung und Müllabfuhr entrichten, weil Stadt die „Kostenüberdeckungen“ aus Vorjahren ausgleichen muss.

Im Klartext: Wir alle sind in den vergangenen vier Jahren buchstäblich über Gebühr zur Kasse gebeten worden. Ein hübsches Sümmchen hatte sich da bei den Umweltbetrieben aufgehäuft und zu positiven Jahresergebnissen beigetragen.

Jetzt muss die Stadt in 2025 über die Umweltbetriebe rund 1,9 Mio. Euro in die Gebührenhaushalte einspeisen. Geld, das sie den Gebührenzahlenden in der Vergangenheit aus der Tasche gezogen hatte.

Die städtischen Gebührenhaushalte müssen und sollen kostendeckend finanziert werden. Aber sie sind keine Reservekasse.

Obwohl die Steuerkraft der Stadt erneut gestiegen ist, wird sie nur zu rd. 66% abgeschöpft. Auch in 2025 wird der Gewerbesteuer-Hebesatz nicht angehoben. Stattdessen wird über eine höhere Grundsteuer das Wohnen in Kleve teurer, während das Gewerbe entlastet wird.

In Kleve fließen schuldenfinanzierte Millionen Euro im dreistelligen Bereich (!) in die kommunale Infrastruktur. Davon profitieren alle, auch die Unternehmen in Kleve. Deshalb sollte eine maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer zur anteiligen Finanzierung dieser Aufwendungen kein Tabu sein. Nach 2025, nach der Kommunalwahl, wird dieses Tabu gebrochen.

Meine Damen und Herren,
ich sagte bereits: „Gespart wird an anderer Stelle.“
Beispielsweise beim Thema
„Regenwasserbewirtschaftung“; der anerkannte
Fachbegriff heißt: „Schwammstadt“.

Ein im März 2023 nach Ausschreibung
beschlossener Auftrag für eine Vorplanung wurde
nicht vergeben. ? Der Auftrag dafür ist doch gar
nicht vergeben. Die Maßnahme damit nicht
umgesetzt worden.

2023 standen für die „*Entwässerungssituation Oberstadt*“ fast 1,2 Mio. Euro zur Verfügung. Diese wurden Mittel wurden nicht abgerufen. 2025, 2026, 2027 und 2028 sind dafür jeweils „0“ EUR veranschlagt.

So ganz nebenbei und als Erinnerungsposten:

- Eine wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung in den Spoykanal liegt nicht vor.

Ebenfalls als Erinnerungsposten: Das Stadtentwicklungskonzept ist in die Jahre gekommen Es stammt aus 2009, der Zeit vor Ausrufung des Klimanotstands in Kleve. Stadtverwaltung und Ratsmehrheit lehnen es ab, das Stadtentwicklungskonzept mit Blick auf neue Themen und Herausforderungen anzupassen. Denn die Stadtplanung in Kleve wird den Architektenbüros überlassen.

Frau Dr. Meyer-Wilmes hat den Zustand des „Markplatzes Linde“ beklagt. Wo war ihr Antrag dazu? Zum Haushalt 2024 hatten die Grünen unseren Antrag abgelehnt.

Meine Damen Herren,
Kleve braucht ein zweites Frauenhaus. Kleve braucht insbesondere ein Haus für obdachlose Frauen, wie dem „Gewaltschutzkonzept“ entnommen werden kann. Dafür sind weder in der Finanzplanung bis 2028 keine finanziellen Mittel veranschlagt; nicht einmal für die Anmietung von Räumlichkeiten.

Meine Damen und Herren,
gestatten Sie mir noch wenige Sätze zum
Stellenplan: Andere Bürgermeister legen dem Rat
dazu die Stellungnahme des Personalrates und der
Gleichstellungsbeauftragten selbstverständlich in
öffentlicher Sitzung vor.

In Kleve geschieht das nicht.

Ich nehme an, nicht nur die **Offenen Klever** wollen
vor der Abstimmung über den Stellenplan alle
Argumente kennenlernen. Da der Bürgermeister uns
diese nicht vorlegt, können wir dem Stellenplan, den
der Haupt- und Finanzausschuss nicht mitberaten
hat, nicht zustimmen.

Frau Dr. Meyer-Wilmes, Sie lassen sich von Taylor
Swift ablenken, wir beherzigen einen guten Rat von
Bertolt Brecht:

*„Prüfe die Rechnung.
Du musst sie bezahlen.
Lege den Finger auf jeden Posten.
Frage. Wie kommt er hierher?“*

Meine Damen und Herren,
weil der Haushaltsentwurf für 2025 und die
Finanzplanung bis 2028 nicht beratungsreif sind,
lehnen die **Offenen Klever** beides ab.

Wir wollen erreichen, dass es im neuen Rat eine
verlässliche Gestaltungsmehrheit für nachhaltige,
generationengerechte Politik gibt. Einer
Gestaltungsmehrheit und einem Bürgermeister, der
zuhört, zusammenführt, entscheidet und zügig

Haushaltsrede der „Offenen Klever“ (11.12.2024)

umsetzt, werden die **Offenen Klever** die Zustimmung zum Haushalt nicht versagen.